

Unterentwickelte Länder und entwickelte Gewerkschaften

Hans Matthöfer, Diplom-Volkswirt, 1925 in Bochum geboren. Er leitet die Abteilung Bildungswesen beim Vorstand der IG Metall und ist seit 1961 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Die Stellung der Lohnabhängigen in der „pluralistischen“ Gesellschaft und die Stellung der Dritte-Welt-Länder auf dem globalen Parkett der „Weltinnenpolitik“ weisen einige Parallelen auf. Beide erfreuen sich gleichermaßen eines ununterbrochenen Stroms von Sympathiebekundungen ihres jeweiligen Gegenübers. Beiden rechnet man ihren Fortschritt lieber in absoluten als in relativen Größen vor, denn erstere sind für beide meist positiv und letztere in der Regel ebenso negativ. Beide sind zu strikter Friedfertigkeit gehalten — mit gutem Grund, denn es wurde ermittelt und in Lehrbüchern verbreitet, daß nur sie Unruhe und Unfrieden stiften könnten; wobei die Weltinnenpolitik wegen ihres späteren Starts in bezug auf Friedenspflichten allerdings noch nicht so differenzierte Regelungen hervorbringen konnte wie die pluralistische Gesellschaft. Beide, die Lohnabhängigen in den „pluralistischen“ Gesellschaften und die Länder der Dritten Welt, können schließlich ihre Lage nur mit Hilfe eines umfassenden Strukturwandels ändern.

Wie verhalten sich nun die Unterprivilegierten der Ersten Welt, wenn sie auf die unterprivilegierte Dritte Welt stoßen? Diese Fragestellung unterstellt eine Vergleichbarkeit unterschiedlicher Qualitäten: die soziale Stellung einer Klasse in einer Gesellschaft auf der einen Seite mit der nationalen Stellung eines Teils der Welt in der „Völkergemeinschaft“ auf der anderen Seite. In der europäischen Arbeiterbewegung wurde dagegen seit je mit Recht davon ausgegangen, daß ihre zwischen-nationalen Beziehungen nur auf jeweils einer qualitativen Ebene zu setzen und zu entwickeln seien. Eine soziale Gruppe eines Landes steht nicht einem anderen Land, sondern der entsprechenden sozialen Gruppe dieses Landes gegenüber. Solidarität galt es also nicht einer anderen Nation gegenüber zu entwickeln, sondern nur gegenüber der dort ähnlich gestellten Arbeitnehmerschaft. Insoweit müßte die Frage also lauten: Wie verhalten sich die Untereprivilegierten der Ersten (kleinen, industrialisierten) Welt im Hinblick auf die Tatsache der Unterprivilegierung in der ganzen Welt? Diese Frage drängt sich auf, wenn man beobachtet, daß die europäische und nordamerikanische Arbeitnehmerschaft— deren „interne“ Solidarität

ja auch nicht in jedem Falle überwältigend war — zu der Arbeiterschaft Asiens, Afrikas und Lateinamerikas kaum Verbindungen hat, die über einige supranationale Gewerkschaftsbüros hinausgingen. Der Kapitalismus als ein nicht nur Klassen-, sondern auch Konkurrenzsystem hat ja schon immer versucht, einzelne Belegschaften zu Unternehmerkomplicen gegen andere Belegschaften werden zu lassen, sowohl im nationalen als auch internationalen Rahmen. Es scheint, daß dieser Mechanismus gegenüber den nicht-industrialisierten Ländern und ihren Lohnabhängigen gleichfalls funktioniert. Es sei denn, es gelänge, die vorliegenden gewerkschaftlichen Entschließungen in tatkräftige Praxis umzusetzen.

Eine Menge gewerkschaftlicher Entschließungen

Der Internationale Metallgewerkschaftsbund bekräftigte Ende 1971 in einer Resolution „seine Entschlossenheit, sich der Aufgabe zu widmen, Elend und Ausbeutung in den Entwicklungsländern zu beseitigen“. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften hatte einige Monate zuvor in einem Bericht einer von ihm veranstalteten Weltwirtschaftskonferenz festgestellt: „International können eindeutig nur die freien Gewerkschaften die Kräfte der Arbeitnehmer in den Entwicklungsländern und den Industriestaaten zusammenfassen, um der starken Herausforderung zu entsprechen, mit der die Vereinten Nationen in ihrer Strategie für die zweite Entwicklungsdekade rechnen. Außerhalb dieser Bewegung gibt es keine Kraft, die bereit und gewillt ist, sich für eine verstärkte internationale Zusammenarbeit zur beschleunigten Entwicklung und zu einer gerechteren Verteilung des aus ihr entspringenden internationalen Wohlstands zu wirken“.

Im DGB-Grundsatzprogramm heißt es, die Beseitigung von Hunger, Armut, Analphabetentum und Unterdrückung in allen Teilen der Welt sei eine wichtige Bedingung für eine stabile Friedensordnung. „Die Hilfe für die Entwicklungsländer muß planmäßig geleistet werden, um eine ausgeglichene Wirtschafts- und Sozialstruktur in den Entwicklungsländern zu errichten und zu festigen.“ Deshalb müsse man jedes Projekt der Entwicklungshilfe mit einem Sozialplan verbinden, „zu dessen Aufstellung und Durchführung die Gewerkschaften der beteiligten Länder heranzuziehen sind“. Nur durch den Aufbau demokratischer, unabhängiger Arbeitnehmerorganisationen könne die demokratische Gesamtentwicklung dieser Länder garantiert werden. Etwas weniger kategorisch als das Grundsatzprogramm von 1963 äußert sich der DGB-Bundesvorstand 1972 in einem Antrag (Nr. 59), den er dem 9. ordentlichen Bundeskongreß zur Beschlußfassung zuleitete. Darin wird mehr Gewicht auf die indirekte Aktion — über die Bundesregierung — als auf die direkte gelegt. Die Bundesregierung soll bei ihren Maßnahmen zur Förderung der Entwicklungsländer den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungseffekt verfolgen und der sozialen Entwicklung Priorität zugestehen. „Dazu gehört auch eine Einwirkung der Bundesregierung auf die privaten Investoren mit Hilfe von Steuer-, absatz- und kreditpolitischen Mitteln, damit sich die privaten Inve-

stitutionen in das Gesamtkonzept des Bundes sinnvoll einordnen." Neben den notwendigen strukturellen Reformen wird eine Verbesserung des liberalen Handels mit den Entwicklungsländern befürwortet und auf die wichtige Rolle der Gewerkschaften in den Entwicklungsländern in der nationalen Gesamtentwicklung hingewiesen.

Ein Antrag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (Nr. 60) fordert, nachdem er darauf verweist, „daß Kapital Gewinne erwirtschaften, nicht Hilfe gewähren will“, daß Kapitalvergabe also echte Hilfeleistung tendenziell ausschließe, die Bundesregierung auf, „in ihrer Hilfsstrategie vorrangig öffentliche Mittel einzusetzen; diese auf Länder zu konzentrieren, in denen die arbeitenden Menschen Rechte bei der Durchsetzung ihrer Interessen besitzen; diese für Projekte zu gewähren, die primär den Menschen dieser Länder selber zugute kommen; diese neben den technischen und wirtschaftlichen mit sozialen Auflagen dergestalt zu vergeben, daß als Voraussetzung für Hilfe gewerkschaftliche Mindestnormen erfüllt sein müssen“. Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands fordert, „bei der Bildungsförderung in abhängigen Ländern vorrangig das Entstehen und Wachsen von Gewerkschaften zu fördern, die ihre Basis im eigenen Lande entwickeln und einen entscheidenden Einfluß auf den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozeß ihres Landes nehmen können“. Not tut nach Meinung der GdED nicht die Einfuhr einer bestimmten Doktrin, „sondern ein gewerkschaftlicher Unterbau, der als Sauerteig für Verhältnisse wirkt, unter denen die dortigen Menschen das elementare Grundrecht auf Arbeit und Brot aus eigener Kraft verwirklichen können“.

Der IBFG schließlich hat seinen Mitgliedsverbänden in den Industrieländern in Konkretisierung seiner Strategie eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die nach seiner Meinung in diesem Jahrzehnt zu ergreifen sind:

- Im jeweiligen nationalen Rahmen sollen die Gewerkschaften bei ihren Mitgliedern ein ausgeprägtes Bewußtsein von den Problemen der Entwicklungsländer schaffen.
- Eine weitblickende Industrie- und Arbeitsmarktpolitik soll Krisen und Arbeitslosigkeit verhindern. Dafür sind nationale Institutionen zu schaffen.
- Neben den notwendigen strukturellen Reformen befürworten die Gewerkschaften auch eine Öffnung der Märkte in den Industriestaaten für die Halbfertigwaren und Fertigwaren der Entwicklungsländer. Protektionismus ist zu unterbinden.
- Investitionen in der Dritten Welt sind nur zu unterstützen, wenn sie der Gesamtwirtschaft des Empfängerlandes dienen.
- „Die Gewerkschaften sollten sich noch nachdrücklicher als bisher verpflichten, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Wanderarbeiter zu schützen.“

Im übrigen unterstützt der IBFG die Ziele, die von der UNO für die zweite Entwicklungsdekade aufgestellt worden sind, insbesondere auch die Vorschläge

zur Investitionstätigkeit und zum Welthandel, ohne aber mit aller erforderlichen Klarheit auf die Unterstützung eines revolutionären Strukturwandels in den Ländern der Dritten Welt aufmerksam zu machen. Höhere Wachstumsraten der Volkswirtschaften in den unterentwickelten Ländern werden nämlich keineswegs nur durch größere Entwicklungshilfe erzielt, sie hängen vielmehr in sehr viel stärkerem Maße als von dieser von inneren Strukturreformen ab. Ohne Reformen wird die Arbeitslosigkeit weiter wachsen, das Elend immer zahlreicherer Menschenmassen noch größer, die ungleiche Einkommensverteilung noch ausgeprägter, das heißt, das Potential für städtische und ländliche Guerilla-Bewegungen wird größer. Skizzieren wir nun aber zunächst kurz einige Charakteristika des Verhältnisses zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Die Kluft wird immer größer

In einem Bericht über den sozialen Fortschritt in der Welt während der letzten 50 Jahre schrieb die Internationale Arbeitsorganisation in Genf: „Der soziale Fortschritt der Arbeitnehmer in den Industriestaaten ist somit unbestreitbar, besonders, wenn man die allgemeinen Verbesserungen der sozialen Sicherheit und der Arbeitsbedingungen berücksichtigt. Wenn auch für die Entwicklungsländer in Afrika, Lateinamerika und Asien nur wenige Angaben vorliegen, so ist doch deutlich, daß die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer in diesen Ländern im Vergleich zu den Industriestaaten nur sehr gering ist. In vielen Fällen haben die zurückliegenden 20 Jahre sogar erhöhte Arbeitslosigkeit, weitverbreitete Unterbeschäftigung, eine erhebliche Preisinflation und einen Rückgang der Reallöhne gebracht“¹⁾). Daten aus dieser und aus anderen Quellen zeigen eindeutig, daß sich die Kluft zwischen den Lebensstandards in den Industrie- und Entwicklungsländern in der Vergangenheit ständig erweitert hat und daß dieser Trend weiter anhält. Mehr als die Hälfte aller Menschen lebt heute am oder unter dem Existenzminimum. Für 1968 ergibt sich folgendes Bild der Einkommensverteilung: Von 3,5 Milliarden Menschen hatten durchschnittlich pro Kopf zur Verfügung:

ein Viertel über 4 000 DM, ein
Viertel 400 bis 4 000 DM, eine
Hälfte weniger als 400 DM.

Diese Ergebnisse erfahren und den Trend zur weiteren Verschlechterung der Verhältnisse beobachten wir in einer Zeit, in der die weltweite „Entwicklungshilfe“ nicht mehr ganz neuen Datums ist und sogar noch „verstärkt“ geübt wird. Das dürfte wohl ein erklärungsbedürftiger Widerspruch sein. Wie betreiben die Industrieländer eigentlich Entwicklungspolitik? Nach Ansicht der *Pearson-Kommission* diente ein Großteil der bilateralen Entwicklungshilfe lediglich dazu, kurz-

1) IAO, „50 Jahre Sozialgeschichte“, in: Jahrbuch für Arbeitsstatistiken Genf 1968.

fristige politische, strategische und/oder wirtschaftliche Vorteile für die Geberländer zu erlangen. Ein Großteil der Unterstützung wurde gewährt, „um einigen Ländern den Unterhalt großer Streitkräfte zu ermöglichen“, und nicht, „um ihr Wirtschaftswachstum zu beschleunigen“. Nur in den wenigsten Fällen „war die Förderung langfristiger Wirtschaftsentwicklung das primäre Ziel ausländischer Unterstützung“²⁾. Der bisher größte Erfolg der Entwicklungspolitik ist nach Meinung der Pearson-Kommission auf den mangelnden Willen zurückzuführen, „den politischen und sozialen Erfordernissen eines grundlegenden Strukturwandels ins Auge zu sehen“. Den Entwicklungsländern sei es nicht gelungen, „einen fähigen Verwaltungsapparat aufzustellen . . ., den Bauern einen Ansporn zu geben und Steuer- sowie andere Reformen durchzuführen, die unbedingt erforderlich gewesen wären, um der Entwicklung die nötigen Impulse zu geben“³⁾.

Keine wirkliche Verbesserung ohne grundlegende Strukturänderungen

Daß das Strukturproblem das zentrale Problem ist, daß eine Entwicklung der Welt ohne grundlegende Veränderung der Gesellschaftsstruktur unmöglich ist, haben *Gunnar Myrdal* u. a. mit großer Schärfe nachgewiesen. Sie haben auch gezeigt, daß die als Entwicklungshilfe deklarierten Maßnahmen der kapitalistischen Industrieländer in der Dritten Welt die dort vorherrschenden reaktionären Strukturen nicht nur nicht beseitigen, sondern in der Regel sogar gefestigt haben. Trotz dieser unbestreitbaren und für jeden erkennbaren Tatsachen, bleibt in der heilen Welt bürgerlicher Entwicklungspolitik das kapitalistische Entwicklungsmodell das denkbar leistungsfähigste, und private Direktinvestitionen sind auch weiterhin die beste Form der Entwicklungshilfe, die sie sich vorstellen können. Wer demgegenüber von der lebenswichtigen Notwendigkeit spricht, die Entwicklungshilfe zur Änderung der bestehenden Gesellschaftsstrukturen einzusetzen, wird der Ideologisierung der Entwicklungspolitik und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder beschuldigt, als ob sie selbst nicht ideologisch argumentierten und als ob ihre Form der Hilfe nicht erst recht eine massive Einmischung darstellte — allerdings zugunsten der bestehenden Machtstrukturen, d. h. zugunsten kleiner Ausbeutergruppen, die im Luxus leben und zuungunsten der überwältigenden Mehrheit des jeweiligen Volkes.

Die Ideologen des Kapitalismus wissen allerdings, wo es lang geht und was sie wollen. Es kommt darauf an, daß die Gewerkschaften ihrerseits eine analoge Klarheit gewinnen. Was erstere betrifft, so zeigen uns — wie so oft — amerikanische Zahlen, was gemeint ist und welchen Zwecken Entwicklungspolitik dienen und „Entwicklungshilfe“ sich unterordnen soll. Von 1961 bis 1967 erzielten die US-Konzerne in Lateinamerika aus den jeweils vorangegangenen Direktinvestitionen

2) „Der Pearson-Bericht — Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik“, Wien-München-Zürich 1969, S. 22 f.

3) Pearson-Bericht, S. 50.

7,7 Milliarden Dollar Profite. Sie reinvestierten davon 1,7 Mrd. Dollar und schickten 6 Mrd. Dollar in die USA ⁴⁾. Zählt man noch die Milliarden hinzu, die Lateinamerika über andere Kanäle verloren hat (Profite europäischer Konzerne, Überweisungen der Diktatoren und Großgrundbesitzer ins Ausland — Kapitalflucht —, Verschlechterung der *terms of trade*, Wachstumseinbußen, Aufrechterhaltung von Polizei- und Militärapparaten zur Herrschaftssicherung u. a.), dann wird deutlich, wieviel Entwicklungshilfe die Regierungen der Industrieländer hätten schicken müssen, um nur die Verluste auszugleichen. Aber sie schickten sehr viel weniger und davon diente ein großer Teil eher der Aufrechterhaltung des bestehenden Kräfteverhältnisses als irgendeiner Entwicklung im Interesse der Massen.

Diesen profitablen-fatalen Mechanismus muß jeder kennen, der zur Umkehr des bisherigen entwicklungspolitischen Trends beitragen will und sich dabei nicht mit der Produktion von Sprechblasen begnügen möchte. Das gilt zu allererst für die Gewerkschaften in den Industrieländern. Die wichtigsten Ursachen der Unterentwicklung der Dritten Welt — und allemal die Gründe für die heutige Verschärfung dieses Zustandes — sind in den rigiden internen Ausbeutungsstrukturen und in der wirtschaftlichen Verherrschaft der kapitalistischen Industrieländer und ihrer Interessen zu suchen. Diese binden die unterentwickelten Länder an sich, benutzen ihre Rohstoffe und ihre Arbeitskraft, lassen sie jedoch an dem dadurch beschleunigten Wachstum nicht teilhaben. An der Tatsache, daß sie als erste die Industrialisierung vorantreiben und heute die Stärksten sind, leiten sie das Recht ab, immer die Stärksten zu bleiben.

Was die Gewerkschaften tun können

Das Trommelfeuer, das in den westlichen Industrieländern bisher regelmäßig entfacht worden ist, die tödlichen Schlingen, die gelegt wurden, wenn ein Entwicklungsland ernsthaft versuchte, sich aus der Umklammerung zu lösen, veranschaulichen den Mechanismus recht gut. Chile ist das jüngste Beispiel. Es ist klar, daß und warum die Nutznießer des bisherigen Zustandes Entwicklungen ala Chile mit allen Mitteln verhindern wollen. Ebenso verständlich ist nun (leider), daß die Position der Gewerkschaften in den Industrieländern keine analoge Konsequenzen aufweist. Der „Partner“, der im Innern nicht den Ton angibt, wird es wohl im Nachbarland oder gar im fernen Brasilien erst recht nicht tun. Aber zu der einzig notwendigen Richtung gibt es dennoch keine ausweichenden Alternativen. Im geographischen Rahmen der klassischen internationalen Gewerkschaftsbewegung gibt es bereits einige Ansätze dafür, daß aus dieser Erkenntnis Konsequenzen gezogen werden. Daß den Konzernen Gewerkschaftsorganisationen im europäischen Rahmen und darüber hinaus im Weltmaßstab gegenübergestellt werden müssen, gilt

4) Zit. nach blätter des izw, 2 (1971), 11/12, S. 5.

jedoch heute weithin noch nicht als selbstverständlich. Daß die Fließbandarbeiter von VW do Brasil sehr viel mit der Belegschaft des ganzen Konzerns, mit der IG Metall und auch mit der deutschen Arbeitnehmerschaft zu tun haben, hat sich noch nicht in ausreichendem Maße als Überzeugung verbreitet. Hier wird an einem Beispiel der Unterschied zwischen klassischer und weltweiter Arbeiterbewegung deutlich. Und genau hier wäre unendlich viel mehr zu unternehmen, als die sound-sovielte Paraphrasierung der Aufforderung: „Proletarier aller Länder vereinigt euch“, nämlich konkrete Maßnahmen zur Beseitigung der inneren und äußeren Ausbeutungsstrukturen. Oder glaubt jemand wirklich, die Völker in der Dritten Welt wären bereit, eine jahrzehntelange ursprüngliche Akkumulation in den Händen einer kleinen einheimischen Oberschicht und im Zusammenhang damit eine international organisierte Ausbeutung ihrer Länder ohne Widerstand zu tolerieren?

Auch im außerbetrieblichen und Außenkonzern-Bereich bleibt den Gewerkschaften einiges zu tun. Sie müssen ihren Einfluß auf Parlamente, Regierungen und andere Institutionen geltend machen, damit die fortschrittlichen Kräfte und Reformbewegungen in den Ländern der Dritten Welt massiv unterstützt werden. Sie müssen sich dabei darüber im klaren sein, daß sie damit sehr schnell auf den erbitterten Widerstand wohlvertrauter „heimatlicher“ Konzerne stoßen können und müssen es bei Einsicht in die politischen Zusammenhänge dennoch tun. Oder liegt es so fern, sich den Konzernherren auch mal massiv entgegenzusetzen, wenn es nicht um eigene Forderungen geht? Wenn ein so hoffnungsvoller Ansatz zur Überwindung der Unterentwicklung, wie er z. B. in Chile gegeben ist, zerschlagen bzw. abgewürgt werden kann, ohne daß wir es verhindern bzw. mit allen Kräften versuchen, es zu verhindern, dann sollten wir ehrlicherweise unsere Entschlüsse über die „internationale Solidarität“ der Lohnabhängigen und über die „Entwicklungspolitik“ als unerheblich zu den Akten legen. Hilfe jeder Art für Gewerkschaften und Reformbewegungen in den Entwicklungsländern darf nicht mehr nur eine Angelegenheit konsequenzloser Resolutionen und der Bemühungen einer spezialisierten internationalen Bürokratie sein, sie muß zum konkreten Ziel auf *allen* Ebenen der gewerkschaftlichen Tätigkeit gemacht werden.